

**MIT**Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung
der CDU Remscheid

NEWSLETTER 03 / 2007 vom 17. September 2007

Das aktuelle Thema:

MIT - INTERN CDU-Kreisparteitag am 29. Oktober 2007 mit Vorstandsneuwahlen

von Dr. Bernhard Meiski, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Remscheid

Sehr geehrte Mitglieder,

wir benötigen Ihre Unterstützung und Ihre Stimme für unsere Kandidaten auf dem CDU-Kreisparteitag am 29. Oktober 2007. Die MIT ist eine überaus wichtige und aktive Vereinigung innerhalb der CDU Remscheid, war und ist stets ein verlässlicher Partner der Kreispartei.



Dr. Bernhard Meiski,
Vorsitzender der MIT Remscheid

Der Vorstand der MIT hat Herrn Henner Blecher für das Amt des Stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden nominiert.

Mit der Kandidatur von Henner Blecher, einem sehr erfolgreichen Remscheider Unternehmer und zugleich Stellv. Vorsitzender der MIT Remscheid, möchten wir an die Tradition der letzten Jahre anknüpfen, dass einer der vier Stellvertreter des Parteivorsitzenden aus den Reihen der MIT kommt. Allerdings legen wir Wert da-

rauf, dass es das MIT-Mitglied ist, welches vom MIT-Vorstand auch nominiert wurde.

**Bitte unterstützen Sie
Henner Blecher
bei seiner Kandidatur um das
Amt des Stellvertretenden
CDU-Kreisvorsitzenden.**

Viele können sich noch an den letzten Wahlparteitag erinnern. Dieser verlief damals, aus unterschiedlichsten Gründen, nicht sehr erfolgreich für unsere Vereinigung. Das muss sich auf diesem Parteitag ändern.

**Bitte
vormerken!**

**CDU - Kreisparteitag
mit
Vorstandsneuwahlen
29. Oktober
2007**

Selbstverständlich werden wir in den nächsten Tagen und im Vorfeld des Parteitages noch weitere Kandidaten als Beisitzer für den Vorstand nominieren. Hier werden gerade die vorbereitenden Gespräche ge-

führt. Wir werden uns dafür stark machen, dass auch die Frauen-Union, die CDA und die Junge Union mit einem Stellvertretenden Kreisvorsitzenden im Kreisvorstand vertreten sind. Diese Art der Loyalität und Solidarität untereinander ist für die MIT eine Selbstverständlichkeit. Es hat uns sehr gefreut, dass verschiedene Vorsitzende der Vereinigungen, Frau Bürgermeisterin Monika Hein und auch Fraktionsvorsitzender Karl Heinz Humpert, Gäste bei unserer Veranstaltung mit Herrn MdB Bosbach waren.



Henner Blecher

- erfolgreicher Remscheider Unternehmer
(August Blecher GmbH & Co. KG) -

Wir werden Sie über die weiteren Vorbereitungen und über unsere weiteren Kandidaten rechtzeitig informieren. Diese Informationen erfolgen Anfang / Mitte Oktober.

Inhaltsverzeichnis

Seite 2

Rückblick auf die MIT-Mittagstische bei der EWR GmbH (Dr. Thomas Hoffmann) am 13. Juni 2007 und mit Stadtdirektor Jürgen Müller am 12. September 2007

Seite 3

MdB Wolfgang Bosbach am 3. September 2007 zu Gast bei der MIT Remscheid

Seite 4

Ausblick: MIT-Landesvorsitzender Hartmut Schauerte (MdB) Ehrengast und Referent auf der MIT-Mitgliederversammlung am 21. November 2007 / Vorschau auf den Newsletter 04 / 2007

Seite 5

Antrag der MIT Remscheid zum neuen Sparkassengesetz erfolgreich

TERMINKALENDER

**Mittwoch,
17. Oktober 2007, 12.30 Uhr,
7. MIT-Mittagstisch,
Deutsches Röntgen-Museum**

**Montag,
29. Oktober 2007, 18.00 Uhr,
CDU-Kreisparteitag,
Stadtparkrestaurant
Schützenhaus**

**Mittwoch,
21. November 2007, 19.00 Uhr,
MIT-Mitgliederversammlung
Gast und Referent:
Hartmut Schauerte, MdB**

RÜCKBLICK

MIT-Mittagstisch am 13. Juni 2007 mit Dr. Thomas Hoffmann, Geschäftsführer der EWR GmbH

In den Tagungsräumen der EWR GmbH (Stadtwerke) an der Neuenkamper Straße fand der 6. MIT-Mittagstisch 2007 statt.



Gastgeber war Dr. Thomas Hoffmann, Geschäftsführer der EWR GmbH und der Stadtwerke Remscheid GmbH. Die Themen Energiepolitik, Energiepreise und die Zukunft des ÖPNV waren Bestandteil der eindrucksvollen Ausführungen von Dr.

Hoffmann. Themen, die hochinteressant für die anwesenden Mittelständler waren.



Wieder ein gut besuchter
MIT-Mittagstisch.

Weitergehend berichtete Dr. Hoffmann auch über das gesellschaftliche Engagement der EWR GmbH und der Stadtwerke Remscheid GmbH in unserer Stadt und stellte die diesbezüglichen Aktivitäten vor. Die Ausführungen fanden Anklang bei den

Gästen und es entwickelte sich nachfolgend eine sehr ausführliche und umfassende Diskussion.

Für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Remscheid stellte Vorsitzender Dr. Bernhard Meiski fest, dass gerade die Energiekosten für viele Betriebe eine große Belastung sind und begrüßte die Aktivitäten der EWR in Bezug auf die Kundenkonditionen für Mittelstand und Wirtschaft. Auch Konzepte wie der WDS - Wärmedirektservice -, also Contractingkonzepte, seien für den Mittelstand interessant und wichtig.

Dr. Meiski bedankte sich abschließend im Namen der anwesenden Mitglieder für die Gastfreundschaft und den interessanten Vortrag.

RÜCKBLICK

MIT-Mittagstisch am 12. September 2007 mit Jürgen Müller, Stadtdirektor und Stadtkämmerer der Stadt Remscheid



Stadtdirektor und Stadtkämmerer
Jürgen Müller war Gast und Referent
beim 6. MIT-Mittagstisch
12. September 2007.

Das Konsolidierungsgutachten von Rödl und Partner und die Auswirkungen auf die städtischen Finanzen - das war das Thema von Stadtdirektor und Stadtkämmerer Jürgen Müller beim MIT-Mittagstisch, der von rund 20 Mitgliedern besucht war. Die umfassenden Ausführungen von Jürgen Müller führten zu einer intensiven und vertiefenden Diskussion. Gerade die für den Mittelstand wichtigen Themen, wie die zukünftige Gestaltung von Steuern, Abgaben und Gebühren, nahmen einen breiten Raum ein. Vorsitzender Dr. Meiski dankte Jürgen Müller und wünschte sich auch für die Zukunft einen regelmäßigen Dialog zwischen der Verwaltung und der MIT.



Architekt Michael Geh, das Ehepaar Wiegand und Hans-Henning von Bülow (v.l.n.r.) im angeregten Gespräch über die Ausführungen von Jürgen Müller.



Weitere Gäste des MIT-Mittagstisches: Arnd Nowosatko, Eitel Lang, Jan Wilhelm Arntz und Karl-Ernst Vaillant (v.l.n.r.).

TERMIN DES MONATS

Oktober 2007

**Mittwoch, 17. Oktober 2007, 12.30 Uhr,
7. MIT-Mittagstisch 2007**

**Veranstaltungsort:
Deutsches Röntgen-Museum**

Thema:
Das neue Deutsche Röntgen-Museum
Besichtigung / Erläuterungen / Mittagsimbiss

Bilderserien über alle Veranstaltungen finden Sie unter:

www.mit-rs.de

**MIT**Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung
der CDU Remscheid

NEWSLETTER 03 / 2007 vom 17. September 2007

Seite 3

Gelungene Veranstaltung mit MdB Wolfgang Bosbach

**Über 60 Gäste am 3. September 2007 im Stadtparkrestaurant Schützenhaus
NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter an der Spitze der Ehrengäste
75-minütiges Redefeuwerk von Wolfgang Bosbach
Interessante Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen
Wolfgang Bosbach auf der Höhe der Zeit und politisch hochaktuell**



v.l.n.r.: Peter Kaschubiak, Bürgermeisterin Monika Hein, Ehrengast und Referent Wolfgang Bosbach, NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter, Henner Blecher, MdL Elke Rühl und MIT-Vorsitzender Dr. Bernhard Meiski



Auch der gesellschaftliche Rahmen der Veranstaltung war gelungen. Beim Empfang vor der Veranstaltung ergaben sich interessante Gesprächsrunden.

Bericht aus der Bergischen Morgenpost vom 5. September 2007

Bosbach: Volksparteien verlieren

(bona) „In welche Richtung wird sich die CDU entwickeln?“ Das wollten die Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der Remscheider Christdemokraten wissen und hatten zur Beantwortung dieser Frage einen kompetenten Gesprächspartner eingeladen. Wolfgang Bosbach, als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mittlerweile einer der bekanntesten Köpfe des politischen Berlins, gab am Montagabend im Remscheider Schützenhaus Informationen aus erster Hand.

Seine wichtigste Botschaft stellte der Polit-Profi in markigen Worten gleich an den Beginn seiner gut einstündigen Rede: „Wir haben eine Bundeskanzlerin, die ihre Sache

großartig macht. Punkt“, zollte Bosbach der Regierungschefin ein dickes Lob. Der neue Politikstil, den Angela Merkel ins Kanzleramt gebracht habe, täte dem Land ausgesprochen gut. Auch wenn sich trotz des konjunkturellen Aufschwungs und der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Regierungskoalition noch manches Problem stellen werde. „Dennoch sind sowohl CDU als auch SPD zum Erfolg verdammt“, merkte der Jurist an.

Von allen Projekten und Aufgaben, bei denen sich die beiden regierenden Parteien nicht einigen könnten, profitierten letztlich die kleineren Parteien. „Die Bindungskraft der beiden großen Volksparteien hat deutlich nachgelassen“, skizzierte Bosbach die neuesten

Trends im Wählerverhalten. Vor den Wirtschaftsvertretern sprach er sich gegen einen flächendeckenden Mindestlohn und für die Beendigung der Frühverrentungsprogramme aus. „Das Herausdrängen aus dem Arbeitsmarkt muss aufhören“, forderte er.

Im Wesentlichen sagte der Bundestagsabgeordnete in seinem gut strukturierten, mit Daten und Fakten gespickten und durchaus interessanten Vortrag jedoch nichts Neues. Vielmehr legte er die bekannten Positionen seiner Partei erneut dar: Die staatlichen Transferleistungen dürften einen Arbeitslohn nicht übersteigen, hingegen müssten die Ausgaben für Bildung und Forschung unbedingt steigen, wolle man nicht eines Tages massiv den anderen Wirtschaftsnationen hinterherhinken.

Übersaus deutlich wurde Bosbach dann noch einmal beim Thema Innere Sicherheit. Die Art von Terror, wie er derzeit die ganze Welt bedrohe, könne man nicht mit dem Strafrecht bekämpfen. Nicht mehr Wirtschaftsmagnaten und Politiker stünden im Interesse der terroristischen Vereinigungen, sondern unbeteiligte Menschen. „Diese Konzentration auf die so genannten weichen Ziele bedingt ein hohes Maß an Prävention“, hob der Politiker hervor und stellte sich in dieser Einschätzung ganz offensichtlich an die Seite des Bundesinnenministers Schäuble.



Gäste und Gastgeber der Mittelstandsvereinigung: Peter Kaschubiak, Monika Hein, Wolfgang Bosbach, NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter, Henner Blecher, Elke Rühl und Dr. Bernhard Meiski (von links). FOTO: NICO HERZIG



Wolfgang Bosbach sprach 75 Minuten zu den Mitgliedern der MIT Remscheid.



Wolfgang Bosbach im Gespräch mit NRW-Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter.

Weitere Fotos über unsere
Veranstaltung unter:
www.mit-rs.de

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Remscheid

Konrad-Adenauer-Str. 7, 42853 Remscheid

Telefon: 02191 - 93 33 560 / Telefax: 02191 - 93 33 566

e-Mail: info@mit-rs.de / Internet: www.mit-rs.de

**MIT**Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung
der CDU Remscheid

NEWSLETTER 03 / 2007 vom 17. September 2007

Seite 4

TERMIN DES MONATS

November 2007

Mitgliederversammlung der **MIT - Mittelstands- und Wirtschafts- vereinigung der CDU Remscheid**

Ehregast und Referent:**MIT-Landesvorsitzender NRW
Hartmut SCHAUERTE (MdB)****Rechtsanwalt, Notar a. D.,
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie****am****Mittwoch, 21. November 2007****18.00 Uhr - Empfang mit Imbiss
19.00 Uhr - Mitgliederversammlung****Einladungen gehen Ihnen mit
getrennter Post / per e-Mail Anfang November zu**

In der nächsten Ausgabe Newsletter 04 / 2007

Was ist eigentlich Soziale Gerechtigkeit? Vorsitzender Dr. Bernhard Meiski thematisiert diese Frage und ruft zur Beteiligung im MIT-Forum auf.

Rückblick auf den MIT-Mittagstisch im Deutsche Röntgen-Museum.

Rückblick auf den CDU-Parteitag. Wurden unsere Kandidaten gewählt?

Rückblick auf die MIT-Mitgliederversammlung.

Ausblick auf das Jahr 2008 - Themen / Aktionen / Veranstaltungen.

Zum Jahresabschluss

**Hartmut Schauerte
CDU/CSU****Rechtsanwalt, Notar a. D.****Parlamentarischer Staatsse-
kretär beim Bundesminister
für Wirtschaft und Technolo-
gie**

Geboren am 13. September 1944
in Kirchhudem-Flape, Kreis Olpe;
römisch-katholisch; verheiratet, vier Kinder.

1966 Abitur. Studium der Rechtswissen-
schaften an den Universitäten München
und Bonn. 1975 Rechtsanwalt, 1978 bis
1994 Notar.

1981 Mitglied im Beirat der WGZ-Bank,
Vorsitzender im Aufsichtsrat der Volks-
bank Bigge-Lenne, 1998 Präsident des
Westfälischen Genossenschaftsverbandes
e. V.; ab 2002 Präsident des fusi-
onierten Rheinisch-Westfälischen Gen-
ossenschaftsverbandes (RWGV e. V.).

1967 Eintritt in die CDU; 1967 bis 1968
stellvertretender Bundesvorsitzender des
RCDS; 1973 bis 1995 Kreisvorsitzender
der CDU Olpe, seit 1994 Landesvorsitzen-
der der Mittelstands- und Wirtschaftsverei-
nigung der CDU Nordrhein-Westfalen, seit
1995 stellvertretender Bundesvorsitzender
der Mittelstands- und Wirtschaftsvereini-
gung der CDU/CSU. 1975 bis 1988 Mit-
glied des Kreistages Olpe; 1980 bis 1994
Mitglied des Landtages von Nordrhein-
Westfalen, 1985 bis 1994 haushalts- und
finanzpolitischer Sprecher und 1990 bis
1994 stellvertretender Fraktionsvorsitzen-
der der CDU-Fraktion im Landtag NRW.

Mitglied des Bundestages seit 1994; 1999
bis 2002 Sprecher/Obmann der CDU/CSU-
Fraktion in der Enquete-Kommission „Glo-
balisierung der Weltwirtschaft“, 2002 bis
2006 Vorsitzender des Parlamentskreises
Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Frak-
tion. Seit 22. November 2005 Parlamen-
tarischer Staatssekretär beim Bundes-
minister für Wirtschaft und Technologie.

Von der MIT Remscheid beauftragte Presseagentur:**Schulz, Wessel & Partner GbR
Unternehmensdienstleistungen / Unternehmensberatung
PR-Agentur****Hindenburgstr. 60, 42853 Remscheid
Telefon: 02191 - 20 90 390 / 391 / Telefax: 02191 - 20 90 392
e-Mail: schulz@sw-rs.com / e-Mail: wessel@sw-rs.com
Internet: www.sw-rs.com**

**MIT**Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung
der CDU Remscheid

NEWSLETTER 03 / 2007 vom 17. September 2007

Seite 5

Antrag der MIT Remscheid auf der MIT-Landesdelegiertentagung NRW erfolgreich



Bericht von Peter Kaschubiak,
Stellv. Vorsitzender der MIT Remscheid.

Der nachfolgend dargestellte Antrag der MIT Remscheid wurde zur Landesdelegiertentagung der MIT-NRW am 8. September 2007 in Soest gestellt. Es ist für unsere Vereinigung ein schöner Erfolg, dass unser Antrag mit sehr großer Mehrheit mit nur leichten Modifizierungen von der Delegiertentagung beschlossen wurde.

Mit der Thematik hatten wir uns eingehend anlässlich des MIT-Mittagstisches am 25. April 2007 befasst. Gast war damals Max Peter Schmitz, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Remscheid. Schon heute erwarten wir mit großer Spannung unsere Mitgliederversammlung am 21. November 2007. MIT-Landesvorsitzender Hartmut Schauerte (MdB) wird Ehrengast und Referent dieser Tagung sein. Gewiss wird er auch auf die Ergebnisse der Landesdelegiertentagung eingehen.

Antrag des Kreisverbandes der MIT Remscheid an die Landesdelegiertentagung der MIT - NRW am 8. September 2007 in Soest

Die Landesversammlung möge beschließen: Die MIT fordert die Beibehaltung der öffentlichen-rechtlichen Struktur der Sparkassen, die Beibehaltung des Regionalitätsprinzips und der gemeinnützigen Gewinnverwendung. Die Ausweisung von Stammkapital an Sparkassen soll nicht möglich sein.

Die deutsche Kreditwirtschaft bedient mit ihren drei Säulen, nämlich den privaten Banken, dengenossenschaftlichen Banken und den öffentlich-rechtlichen Sparkassen alle wesentlichen Finanzierungsbedürfnisse insbesondere der mittelständischen Wirtschaft. Gerade für die mittelständische Wirtschaft nimmt dabei die Sparkasse eine besonders wichtige Rolle ein.

Dazu trägt besonders das Regionalprinzip der Sparkassen bei. Die Sparkasse versorgt die regional ansässigen Unternehmen mit Krediten, und zwar auch gerade dann, wenn sich die Geschäftspolitik der Großbanken auf andere Geschäftsfelder ausrichtet und die mittelständische Wirtschaft nicht als interessante Kundschaft betrachtet wird, wie es in den vergangenen Jahren wiederholt geschehen ist. Dabei sind die örtlichen Mitarbeiter der Geschäftsbanken oft an Vorgaben ihrer übergeordneten Stellen gebunden, während der Kreditwunsch bei den Sparkassen direkt und vor Ort beschieden wird. Das Regionalitätsprinzip funktioniert dabei aber nur solange, wie die jeweilige Sparkasse der Region funktional, personell und auch rechtlich, insbesondere durch die Trägerschaft der Kommune oder des Kreises, eingebunden ist.

Es erscheint daher nicht wünschenswert, die Gesellschaftsanteile einer Sparkasse fungibel zu machen, und zwar auch dann nicht, wenn (vorläufig) sichergestellt ist, dass es bei einer öffentlich-rechtlichen Trägerschaft verbleibt. Denn örtliche Sparkassen, die durch eine Fusion mit anderen Sparkassen oder Übernahme

der Gesellschaftsanteile nur noch Filialen einer größeren Sparkasse eines anderen kommunalen, aber gebietsfremden Trägers sind, können das Regionalprinzip nicht mehr erfüllen. Wo Fusionen nötig sind, wenn einzelne Sparkassen allein nicht mehr das nötige Geschäftsvolumen aufbringen, lässt dies auch das bisherige Gesetz zu. Es gilt aber zu verhindern, dass es in Nordrhein-Westfalen am Ende eines nicht gewollten Fusionsprozesses nur noch 15 oder 20 Sparkassen gibt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht vor, die bislang im Sparkassengesetz vorgeschriebene gemeinnützige Gewinnverwendung aufzuheben. Dazu standen bislang maximal 35 % des Jahresüberschusses zur Verfügung. Zukünftig soll der Träger Ausschüttungen „für seine Aufgaben und Zwecke“ verwenden dürfen. Dies soll die Kommunen als Träger stärken. Dies bedeutet im Ergebnis, dass damit der Zugriff der Kämmerer auf den kompletten Jahresüberschuss der Sparkassen bis an die Grenze der Sicherheitsrücklage ermöglicht wird, um Lücken in den kommunalen Finanzen zu stopfen. Es ist daher zu befürchten, dass diese Regelung der dringend notwendigen Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen auf Kosten der Sparkassen dienen soll. Es ist weiter zu befürchten, dass damit ein Instrument zur kommunalen Finanzierung geschaffen wird, das den Kämmerern nicht nur zur Verfügung steht, sondern auf Weisung der Bezirksregierung auch dafür in Anspruch genommen werden muss. Dies schwächt auf Dauer die Finanzkraft der Sparkas-

sen und auch deren Möglichkeiten im Wettbewerb mit anderen Kreditinstituten. Der Gesetzentwurf sieht weiter die Möglichkeit für die Kommunen vor, ihre Beteiligung an der Sparkasse als sogenanntes „Trägerkapital“, also Stammkapital auszuweisen. Dieses soll, anders als in anderen Bundesländern, zwar nicht fungibel sein, sondern mehr Transparenz schaffen. Denn zur Bildung solchen Eigenkapitals müsste der Wert der Beteiligung beziffert werden. Das macht aber nur dann Sinn, wenn damit erreicht werden soll, dass die Geschäftsanteile handelbar werden. Hier ist zu befürchten, dass die Bildung von Stammkapital ein erster Schritt in diese Richtung sein kann.

Vorstellbar ist auch, dass die Bezirksregierung bei einer überschuldeten Gemeinde darauf drängt, das dann als Vermögen der Gemeinde ausgewiesene Stammkapital zu verwerten, etwa indem es einer anderen finanzstärkeren Körperschaft oder fremden Sparkassen zum Kauf angeboten wird (Stichwort: Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)). Dies sollte durch die bisherige Verfassung der Sparkassen als Anstalt des öffentlichen Rechts gerade vermieden werden.

Dass die Sparkassen neben der Versorgung der regionalen mittelständischen Wirtschaft auch wichtige Funktionen der kommunalen Daseinsfürsorge auch und gerade für finanziell schwächere Bevölkerungskreise erbringt, was letztlich auch einem funktionierenden kommunalen Gemeinwesen zugute kommt, soll an dieser Stelle ebenfalls betont werden.